

Thüringer Wahlabend

Rot-Rot-Grün sei abgewählt verkündete am 27. Oktober der CDU-Frontmann Möhring unter dem Jubel seiner Zuhörer. Wäre er als desaströser Wahlverlierer halbwegs ehrlich gewesen, hätte er sagen müssen, dass die bisherige Regierung „dank“ der AfD nicht mehr die absolute Mehrheit erreicht hat. Dazu war er nicht in der Lage, genauso wenig wie sein „Sitznachbar“, der FDP-Chef Lindner. Stattdessen bejammerten sie das Wegbrechen der bürgerlichen Mitte. Dass deren politische Akteure einen erheblichen Beitrag geliefert haben, ihren rechten Rand so reichhaltig zu füttern, dass dieser nunmehr flügge geworden ist, verschließt sich einer klassenbornierten Grundhaltung. Auf die Frage eines Journalisten, ob denn nicht die Linke in eben dieser Mitte angekommen sei, verweigerte man einfach diese Antwort. Stattdessen suchte man im verbalen Stechschritt Zuflucht bei der „untoten“ DDR, um dem nun unweigerlich auf FDP und CDU zukommenden Druck, sich doch gegenüber der Linken gesprächs- und kompromissbereit zu zeigen, standzuhalten. Das Wort „Unrechtsstaat“ musste am Wahlabend mehrfach herhalten und vermittelte auch in den Kommentaren am Tag nach der Wahl das Gefühl, es gebe nichts wichtigeres als „eine neue Unrechtsstaat-Debatte und die Linke sei das größte Problem im Land – und nicht der erstarkende Rechtsextremismus“, schrieb Sabine Rennefanz in der Berliner Zeitung, 29. Oktober. Und das nur in der Absicht, sich den Leibhaftigen (Die Linke) vom Leibe halten zu dürfen. Das allein beweist mehr als manche wortreiche Analyse die Nähe des konservativen Blocks zur AfD. Genau deshalb halten wir es für angebracht, den Begriff des Unrechtsstaats noch einmal unter die Lupe zu nehmen, weil er in den nun folgenden Wochen hoch und runter dekliniert werden wird. Wetten das?

„Unrechtsstaat“ – Kampfbegriff und Diffamierungsformel

Unter dieser Überschrift hat der Jenaer Historiker Ludwig Elm schon vor einigen Jahren einen Beitrag geschrieben, in dem er den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestags sowie den ehemaligen Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde zu Wort kommen lässt:

Am Maßstab einer wissenschaftlich fundierten und verantwortungsbewussten Erörterung sind, so Elm, die von parteipolitischen Eigennutz geleiteten Anhänger vom „Unrechtsstaat“ DDR längst bloßgestellt. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestags hatte sich im April 2008 auf Anfrage von MdB Gesine Lötsch (Die Linke) klar positioniert: *„Eine wissenschaftlich haltbare Definition des Begriffs ‚Unrechtsstaat‘ gibt es weder in der Rechtswissenschaft noch in den Sozial- und Geisteswissenschaften.“* Zumeist gehe es darum, den als Unrechtsstaat Gebrandmarkten vom Rechtsstaat abzugrenzen und *„moralisch zu diskreditieren“*.

Obendrein: Die *„Wortverbindung ‚Rechtsstaat‘“* gäbe es nur im deutschen Sprachraum. Eine *„allgemeingültige Definition des Begriffs des Rechtsstaats“* ist noch nicht verfügbar. Soweit der wissenschaftliche Dienst... *„Die allzu pauschale Verurteilung der DDR als Unrechtsstaat“* so der ehemalige Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde (SPD). trage dazu bei, dass die *„Gräben zwischen Ost und West“* noch immer nicht geschlossen sind. *„Sie will umfassend delegitimieren und desavouieren. Sie lässt der Normalität, die es vielfach gab, keinen Eigenstand, Sie ist eine Verzerrung der Wirklichkeit in politischer Absicht.“* Der *„ideologische Schlagabtausch des Kalten Krieges“* werde damit fortgeführt: *„Die globale Kennzeichnung der DDR als Unrechtsstaat ist nicht nur falsch, sie kränkt auch die Bürger und Bürgerinnen der ehemaligen DDR.“*

Die willkürliche Anwendung von „Unrechtstaat“ verdeutlicht, so Elm, seinen Charakter als Kampfbegriff, der der Gleichsetzung mit dem Nazifaschismus und der Rechtfertigung von Abwehrmaßnahmen dient.

Es ist unsere Aufgabe, im Umgang mit Gesellschaft und Geschichte der DDR das dumpf antikommunistische Meinungsklima zu durchbrechen, das weiterhin Verzerrungen oder Fälschungen hervorbringt und verbreitet. Es muss uns, der Linken gelingen, eine Aufarbeitung der DDR-Geschichte offensiv, also von links durchzusetzen, d. h. aus den Quellen an Erkenntnissen für alternative soziale Orientierungen zu schöpfen, die den Weg für eine sozialistische Orientierung öffnen. Deshalb erinnere ich auch an einen Beitrag zu diesem Thema, den wir in der Kehrseite, Ausgabe 5/2014 veröffentlicht haben.

H. Sch.